

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Leipzig,
Raben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag:
Gebr. Kohnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief monatlich 2.00 M. Durch
den Postbezugspreis jährlich 24.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 26.00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gelochte Normalspaltbreite 20 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3 gelochte Normalspaltbreite 3 M. Bei mehrmaliger Aufg. Rabatt.
Interessent sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für die Einlieferung 20 Pf.

Nr. 240

Dresden, Donnerstag den 16. Oktober 1919

30. Jahrg.

Die Regierung und die Blockadennot

Vor Deutschlands Antwort

Berlin, 16. Oktober. Die letzte Note der Entente über die baltische Frage wird von der deutschen Regierung in den allerersten Tagen beantwortet werden, nachdem gestern der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten noch einmal Gelegenheit gehabt hat, sich mit dieser Antwort zu beschäftigen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Reichsregierung noch einmal mit allem Nachdruck versichern wird, daß sie gewillt sei, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die widerwärtigen Kruppenverbände in die Heimat zurückzuführen und etwa sich zeigenden Widerstand zu brechen. Graf v. B. Holt wird in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Ankunft wird ihn die Reichsregierung zur Berichterstattung über seine letzten Schritte anfordern. In parlamentarischen Kreisen wird der Wunsch laut, ihn auch vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu hören.

Degegen ist mit einer baldigen Beantwortung der Blockadenote nicht zu rechnen. Aus der Sache ergibt sich, daß die deutsche Regierung vorher Fühlung haben wird mit den neutralen Staaten, an die sich die Entente so ebenfalls gewandt hat. Derselbe Wunsch scheint auch bei den Neutralen zu bestehen. Nach hierher gelangten Nachrichten trägt sich auch die schwedische Regierung mit der Absicht, vor der Festlegung ihrer Schritte sich mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen und bei der englischen Regierung weitere Auskunft zu erbitten.

Erst nach Abschluß dieses Verhandlungsstandes wird das Reichskabinett und danach der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sich über die Erteilung einer Antwort schlüssig werden.

Die Ostseesperre

Die Meldungen aus Rendsburg besagen, daß der bewährte gerichtete Schiffsverkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal seit Verhängung der Blockade über die Ostsee fast vollständig.

Nach Mitteilung der internationalen Marinekommission erlaubt sich die Sperre für die deutschen Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer. Derselbe schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur gerechtfertigt, im ganzen deutschen Volk, vor allem bei der betroffenen, an den Verhältnissen völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigte Erbitterung hervorzuufen.

Und nicht bloß im deutschen Volk. Aus Stockholm wird berichtet:

Zur Abfahrt nach Deutschland im Laufe der letzten Tage werden wegen der Blockade der Ostsee zurückgehalten. Man hofft aber, bald Nachricht zu erhalten, wann die Fortsetzung des Erzhandels zwischen Schweden und Deutschland ermöglicht wird. Die Erzindustrie war so ziemlich die einzige Schweden verbleibende Ausfuhrmöglichkeit, da alle anderen Industriezweige auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Maßregel trifft daher Schweden mit weit größerer Schärfe als Deutschland.

Raperung deutscher Schiffe

Amsterdam, 16. Oktober. Der Telegramm meldet aus London, daß der britische Torpedobootsjäger „Belvoir“ während der letzten Tage sechs deutsche Handelschiffe nach Royal eingebracht hat.

Der baltische Krieg

Wie die Berliner Abendblätter melden, ist von einem angeblichen Rücktrittsgesuche des Generals Gratzen v. d. Holt an den zuständigen Stellen nichts bekannt. Dieser wird an einem der nächsten Tage in Berlin erwartet. Erst dann wird man über etwaige Rücktrittswünsche Mitteilung machen können.

Die Räumung des Baltikums durch die Truppen, die dem Befehl der Regierung Folge leisten (10.000 bis 15.000 Mann, etwa ein Drittel, D. N.), wird mit Ablauf dieser Woche beendet sein. Ein beträchtlicher Teil ist aber noch in russische Dienste übergetreten und hat sich damit dem deutschen Einfluß entzogen.

Das Pressebüro Radio meldet aus Riga, daß die deutschen Truppen der westrussischen Regierung bis zu den Vorstädten von Riga vorgedrungen sind. Die Riga jedoch noch nicht überschritten haben.

Nach einer Meldung aus Jelisinga ist ein großer Teil Rigas in Flammen. Über die Stadt wurde die Blockade verhängt.

Wie das kopenhagener lettische Pressebüro mitteilt, ist der größte Teil des lettischen Kabinetts sowie das Präsidium des Volksrates bereits am 10. Oktober nach Riga zurückgekehrt. Dort erscheinen wieder fast alle lettischen Blätter. Der lettische Minister des Auswärtigen ist nach Warschau abgereist. Nach Meldungen von dort hat der polnische Staatssekretär des Auswärtigen Kranski gegenüber dem fremden Gesandten in Warschau erklärt, daß die Letten alle Kräfte unbedingte gegen die deutsch-russische Kräfte zusammenziehen könnten. Polen werde einen solchen Augenblick gegen die Letten nicht ausnutzen.

Judenitische Vorkämpfe

Helsingfors, 16. Oktober. Die russische Nordwestarmee hat Waga und drei andre Städte erobert. Ein amerikanischer Panzerzug mit 9 Annonen, 15 Maschinengewehren, ferner 9 Geschütze, 31 Maschinengewehre, 45 Panzerwagen, 1500 Gefangene wurde erbeutet. Ein Regiment ist abgezogen und unter den Befehl General Judenitich gestellt, daß die Operationen günstig fortgeschritten.

Die finnische Regierung beschäftigt sich mit dem Friedensangebot der russischen Regierung. Es wurde beschlossen, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Deutschnationale und Konservativen

Die Deutschnationalen bestreiten, daß sie eine Fortsetzung der konservativen Partei bilden; sie wollen etwas „ganz Neues“ darstellen. Das ist richtig und falsch. Nach jeder großen Umwälzung ist nämlich eine konservative Partei entstanden, einige ihrer Wesenszüge zu ändern. So lange in einem Staat das absolute Königtum herrscht, sind auch die Konservativen absolutistisch. Kommt dann durch eine Revolution der parlamentarische Gedanke zum Durchbruch, so werden die Konservativen, denen daran liegt, im Parlament Einfluß zu erlangen, zunächst konstitutionell. Es ist eben Eigenart der Konservativen, die Ergebnisse und die Entwicklung immer so weit anzuerkennen, als auch der bürgerliche Verstand sich lösen muß, daß sie nicht mehr rückwärts revidiert werden können.

Aus diesem Grunde haben sich auch die preussischen Konservativen noch 1848 mit der Existenz des Parlaments abgefunden. Als 1868 in der ganz und gar reaktionären sogenannten „Landtagskommission“ ein paar gänzlich unbedeutende Junker den Antrag stellten, die ganze Verfassung wieder abzuschaffen, da lehnten ihre eigenen Parteigenossen diesen Antrag ab, sie sagten sich, daß so weit das Maß der Rücksicht doch nicht rückwärts gedreht werden könne.

Die Revolution von 1918 wird zwar von den Konservativen insofern nicht anerkannt, als sie die Abschaffung der Monarchie wieder rückgängig machen wollen; aber sie haben sich doch, daß selbst die zurückgeholte Hohenzollernmonarchie es nie mehr im Range zu der gleichen Autorität und Herrschaft bringen kann, wie vor ihrem Sturz. Deshalb haben sie sich doch gemühen, ein neues von dem Neuen wenigstens stillschweigend anzuerkennen und gegen das Prinzip des gleichen Wahlrechts und des Parlamentarismus keine gar zu heftige Opposition zu treiben. Gleichzeitigkeit haben sie sich durch das Aufheben der Wahlkreisgeometrie gezwungen, sich mehr als vor dem nach kaiserlicher Verfassung fast unzulässig, umal, da eine agrarische Interessengruppen durch die Lebensmittelpolitik und den Tiefstand der Wirtschaft überflüssig gemacht wird. Bei der Werbung um städtische Wählergruppen können ihnen die Gruppen jugute, die schon vor dem unter dem Deckmantel antisemitischer und wirtschaftlicher Missverständnisse von den Konservativen verurteilt hatten, nicht rein agrarische Interessengruppen für den konservativen Gedanken zu gewinnen. Durch die Konstellation der Umstände mußten diese jetzt das Übergewicht in der Partei gewinnen, und so bedeutet die neu entstandene Deutschnationale Volkspartei zwar lediglich dieselbe reaktionäre Masse, die früher im Reichstag die Rechte bildete, aber unter Verlegung des Schwerepunktes auf die früher nur als Hilfskräfte behandelten Einzelgruppen. Wie stark jetzt gerade die Antisemitik führend geworden sind, das zeigt die letzte Tagung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, die ein ausgesprochen antisemitisches Aktionsprogramm beschloß.

Italiens Vertreter im Völkerbund

Bern, 16. Oktober. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht die Dekrete, welche Lissani zum Vertreter Italiens im Rate des Völkerbundes, den Abgeordneten Bertolini zum italienischen Delegierten und d'Amiglio zum stellvertretenden Delegierten der internationalen Wiedergutmachungskommission ernennen.

Der rheinische Krater

Von M. Collmann, M. d. N.

General Mangin, der Chef der französischen Besatzungstruppen im Rheinlande und zugleich Träger der rheinischen Politik des französischen Militarismus ist von der französischen Regierung aus dem Rheinlande abberufen worden. Unter dieser Abberufung gegen die von den herrschenden Gewalten Frankreichs begünstigten Willkürlichen zur Herbeiführung eines neuen Staates am Rhein hat einen weichen, nichtbaren Erfolg erzielt. Zwar wird die Pariser Humanität vollkommen recht, wenn sie schreibt, daß ein Verlangen nach nicht an der französischen Eroberungspolitik am Rhein ändern werde. Aber richtig ist doch auch, daß durch die Entlassung des Generals Mangin der Zusammenhang des bisherigen Systems der französischen Politik am Rhein erweicht ist. Die Franzosen geben anscheinend die Hoffnung auf, durch List und Ueberrumpelungen an ihre Ziel zu kommen und richten sich auf eine langwierige Tätigkeit zur Grenzfestigung der Rheinlande ein. Schon seit Monaten ist uns bekannt, daß mit General Mangin seine Hoffnungen auf Herrn Lortie und andre Franzosenmedien verloren hat. Man mußte begreifen, daß alle die zweifelhaften politischen Gestalten, die sich an die Spitze der Loslösungsbestrebungen gedrängt hatten, Massen der rheinischen Völker nicht zur Gewinnung konnten. Die Franzosen wissen, daß ihren Plänen nur dann Erfolg winkt, wenn eine der beiden großen Parteien im Rheinlande, Zentrum oder Sozialdemokratie, geschlossen für Sonderbindungen und Loslösung gegenüber von Frankreich eintritt. In keiner der beiden Parteien besteht aber dafür zur Zeit die Möglichkeit.

Wahrscheinlich gibt es im rheinischen Zentrum Parte, die lieber heute als morgen von Breiten Loslösungen, um einen eignen Rheinstaat im Rahmen des Reiches zu gründen. Aber ihre Zahl ist seit der Annahme der Reichsverfassung, die der Neugliederung des Reiches politische Bahnen eröffnet, in raschem Schwinden begriffen. Die großen Organisationen der christlichen Arbeiter im Zentrum sind geschlossen für den deutschen Einheitsstaat und halten in dieser Forderung treue Waffengehörigkeit mit ihren sozialistischen Parteigenossen. Auch die parlamentarischen Führer des rheinischen Zentrum, deren bedeutendste Trimborn und Braun sind, betonen ihren Unitarismus, wenn ihnen auch an der Erhaltung Breiten nicht gelegen ist und sie weitgehende Autonomie namentlich kultureller Natur für die fünfzig Reichsprovinzen erheben. Das Zentrum ist jetzt und noch menschlichen Gränzen noch auf lange Zeit eine einflussreiche Partei im Reich, daß seine Trennungswünsche, die in der ersten Revolutionen mit ihren höchst unheimlichen Ausmaßen recht fort waren, verfloren sind. Nur neuer Umsturz im Reich könnte die Taktik des Zentrum in der rheinischen Frage ändern, würde dies aber auch ohne Zweifel nicht und gründlich bewirken.

Einstweilen aber gilt der Reichstag des rheinischen Parteitag der Zentrumspartei, der die Verfassung und die Sperrfrist anerkennt, die verbietet, daß innerhalb der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung Parteistimmungen zur Neubildung von Ländern stattfinden dürfen. Doch ein Teil des rheinischen Zentrums die Abführung dieser Sperrfrist auf geschicktem Wege erstrebt, ist sein gutes Recht, wie wir es für unsre Pflicht halten, dieses Streben zu durchkreuzen.

Die sozialdemokratischen Anhänger in den Rheinlanden — weit mehr als eine Million — sind die härteste und absolut einige Kraft im Kampfe gegen nur auf Errichtung eines Rheinstaates im Verbände des Reiches. Auf diesem Gebiete sind sich beide sozialistische Parteien im Rheinlande an Heißtrens und nationalem Eifer zu übertrumpfen. Freilich sind diejenigen U.-S.-K.-Leute, die das Bewußtsein über den angeblichen neuen Militarismus in Deutschland erheben und die Taktik des Proletariats propagieren, die getrennten Schrittmacher der Franzosen, denn dieser Spieß aus der „unabhängigen“ Presse Deutschlands gibt einige der stärksten Argumente für die französische Meinungsrichtung ab. Wir sprechen mit Absicht immer nur von französischen Treibern am Rhein, da bisher kein Anhaltspunkt dafür vorliegt, daß Amerika oder England die französischen Pläne begünstigen; eher ist das Gegenteil der Fall.

Die Reichsregierung und die Regierungen der beteiligten Länder würden der rheinischen Frage seit einigen Monaten mehr Aufmerksamkeit als sie es im ersten halben Jahre nach der Revolution zum Schaden Deutschlands getan haben. Es ist ein Reichskommissar mit dem Titel in Koblenz ernannt, der Reich und Staaten gegenüber der hohen internationalen Kommission vertritt, die mit der Ratifikation des Friedens die höchste Vertretungsbehörde der Entente im Rheinlande sein wird. Ein parlamentarischer Beirat aus allen Parteien bildet für den Reichskommissar die Vermittlung mit den wirtschaftlichen und politischen Kräften des Rheinlandes. Diese parlamentarische Beiratsbehörde ist zugleich die beste Gewähr für die Vertretung besonderer rheinischer Interessen auch bei den Behörden in Berlin.

Die rheinischen Parlamentarier sollten es als ihre

Dauphin, wie betraditen, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Regierungen in Berlin und den Rheinländern hergestellt. In weiten künftigen Kreisen der Rheinlande gehört es zum guten Ton, nur noch spöttelnd und abfällig von der Berliner Regierung zu sprechen, und die Dinge so darzustellen, als kammere sich „in Berlin“ niemand um die Rheinlande. Solche Behauptungen sind übertrieben und ungerichtet.

Wie der kommende Winter wahrscheinlich entscheidend sein wird für die Verantwortung der Frage, ob Deutschland sich zu einem geordneten wirtschaftlichen Aufbau erhebt oder in neue unabsehbare Wirren verstrickt wird, so wird er auch das Schicksal der Rheinlande bestimmen. Solange im Reich die demokratische Verfassung besteht und nach dem Willen der Mehrheit des Volkes regiert wird, ist die Gefahr der Loslösung des Rheinlandes kaum noch groß oder doch nicht akut. Erleben wir aber in Deutschland eine neue Revolution und als deren Erfolge die Diktatur von rechts oder von links, so werden die Fäden der rheinischen Sonderbündler unter dem Schutze der Ententebajonette festgerückt, weil die Mehrheit der Rheinländer dann denen folgen wird, die ihnen Schutz vor Räterort, wirtschaftlichem Zusammenbruch, vor Hunger und Not verheißen. Aus der Verzweiflung an dem Werden eines neuen Deutschlands wird die Rheinische Republik entstehen und das Ende Deutschlands besiegeln. Die unentwegten Revolutionäre im Reich würden so die Verstrümmung Deutschlands und damit der größten Arbeiterorganisationen herbeiführen. Wir, die Sozialdemokratie im ganzen Reich, müssen die Kraft und den Willen aufbringen, dieses Schicksal abzuwenden.

Was Heimgekehrte erzählen!

Unsre Brüder, die solange in feindseliger Gefangenschaft geknagelt haben, feiern gegenwärtig die Zeit ihrer Rückkehr in die Heimat. Sie haben uns viel zu erzählen, denn die Berichte, die wir bisher über ihre Schicksale hören konnten, mußten einen langen, beschwerlichen, von Jenuur behinderten Weg gehen. Solche können wir bereits einen großen Teil freier Volksgenossen Munde in Munde erzählen, können auf ihrem Munde über die Höhe ihrer langen Leidenszeit hören. Was daran neu und mündelnd der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt ist, sind die lebhaftesten Klagen, die die Heimkehrer über das Verhalten deutscher Vorgesetzter in der Gefangenschaft führen.

Als eine von vielen Stimmen führen wir an, was im Döbener Kugel ein aus langjähriger französischer Gefangenschaft entlassener Kriegsteilnehmer berichtet. Durch Vermittlung spanischer Arbeiter war es den Gefangenen des Lagers Pau, Salles Brennes, in Frankreich gelungen, einen Brief mit der Schilderung ihres jammervollen Elends an den damals noch neutralen amerikanischen Botschafter in Paris zu senden. Dieser befand sich auch in Begleitung des französischen Kommandanten des Lagers, um sich nach dem Befinden der deutschen Gefangenen zu erkundigen. Statt nun die Lage zu schildern, wie sie war, beidseitige auf Freiheit, und um bei den Franzosen in gutem Ansehen zu stehen, eine ganze Anzahl deutscher Vorgesetzte allerhand Kränklinge, der Hinfelstschreiber, Herr Max Raumann, erzählte:

In Parade 1 lag auch der deutsche Leutnant Rubleman. Er wurde vom Gefangenen nach Vorlesung wie folgt gefragt: „Wie geht es Ihnen hier, Herr Leutnant Rubleman?“ Antwort: „Danke, dankt, sehr gut!“ — „Und leiden deutsche Kameraden?“ — „O dankt, würde nicht, kein Klagen!“

Der Gefangene ging zum Feldwebel Weigert. Hier erzählten Antworten wie beim Leutnant Rubleman. Wenn Vertreter der Parade, in welcher ich lag, stellten man den Obergeheimrat Schmidt aus Weichenthal bei Koblenz vor. Genau wie ein Franzose so legte er seine rechte Hand an die Wange und beantwortete dieselben Fragen des Gefangenen so wie vorher die genannten Leuten von deutschen Vorgesetzten. In Parade 2 und 4 stellte man keine vor, denn dort lagen mehrere Kameraden, Vizefeldwebel Braun und Unteroffizier Leibert aus Costa bei Dresden. Sohn des dortigen Pfarrers Weibel, Kapellmeister, denn er war doch zur Hilfe gerufen worden, weil der Gefangene die Paraden und Feiern nicht den Hof und eine Parade unter freiem Himmel für 400 Mann, Sergeant Sanders und Unteroffizier Weibel waren über die Freigabe der erkrankten drei Gefangenen sehr erregt und forderten den Leutnant Rubleman auf, sofort zum Gefangenen zu gehen und alle Geiseln vorzubringen, andernfalls würden sie als Unteroffiziere eingekerkert und ihn Rubleman später in der Heimat melden. An allen Anochen stehend, bewachte sich Leutnant Rubleman nun, zum Gefangenen hinanzugehen. Aber dieser hatte schon alles durchdacht und holte sich zum Anhängen Planchetten, welche sich auf dem Hofe angehängelt hatten. Wenn erschienen der Leutnant befragte der Gefangene die Leute. So befragte ich vor aller Öffentlichkeit die Herren vorgelesen.

Auch der ohnehin strenge Kerker soll durch das Eintreten des Leutnants Rubleman noch verschärft worden sein.

20 bis 30 Kameraden lagen täglich im Arrest. Was sagte der deutsche Leutnant Rubleman zu den Franzosen, um sie hind zu werden? „Das ist kein Arrest, er ist nicht streng genau, so wie in Deutschland auch er sein, alle vier Tage zu essen und sonst nur Wasser und Brot, und Viegen auf blanken Brettern, nicht auf Strohl!“ Klagen das nicht schon von einem deutschen Leutnant? Was haben wir im Arrest täglich unter Annon und ein Strohlager bekommen. Damit war es nach dem Eingreifen des Herrn Leutnants vorbei. Ingsüber wurden die Hände auf dem Rücken, nach vorn gefesselt, so wie es der Leutnant gewünscht hatte.

Ein gleiches Verhalten hatte auch der schon erwähnte Obergeheimrat Schmidt seinen Kameraden gegenüber an den Tag gelegt. Seine Hagarren rauchte er mit französischen Sergeanten, für die Deutschen hatte er keinen Stummel übrig, meldete dafür aber täglich Kameraden den Franzosen zu strenger Vernehmung, worin ihm von einem Vizefeldwebel Weigert kräftig lehrte wurde.

Der Geometer Unteroffizier August Weibe oder Weib oder Weipia demie als Führer einer Arbeitsschonne dem Wohl des französischen Internierten als Anreize seiner Kameraden, wobei er wesentlich 6 bis 8 Franzosen untergebracht wurde, wurde er, wer nun ein Wort von Planchetten über seine Gemeinheit und Schandstücker äußerte oder wer ihm nicht gehorchte, der war reif für den Kerker. Ein dritteliges Individuum war auch der Feldwebel Lechner.

Wir müssen natürlich dem Gewächsmann des Döbener Kugelges die volle Verantwortung seiner Schilderung überlassen, sind aber mit ihm einig in der allerhöchsten Verzweiflung derartiger Ablei Erscheinungen.

Es gehört eine große Portion Struppelhaftigkeit dazu, bis durch die Gefangenschaft bedingten heftigen und körper-

lichen Leiden der eigenen Kameraden noch durch derartige Gemeinheiten zu erlösen. Sollte hier nicht auch die „Erziehungswirkung“ des vergrößerten, durch die Novemberkrise der Revolution zum Teufel gejagten kaiserlichen Militarismus ein Teil Schuld haben?

Postfragen

Berlin, 15. Oktober. Präsident Ebertsches eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 1 Uhr 30 Minuten.

Der Gesetzentwurf, betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung kriegsgefangener Personen und die Verwendung von Arbeitskraft, wird in allen drei Lesungen ohne weitere Aussprache erledigt. Die Ausschussberatungen sind darauf beschränkt. Der Entwurf des Reichspräsidenten wird verabschiedet. Darauf wird die Aussprache über die Postverwaltung fortgesetzt.

Abg. Hürmann (D. Sp.): Zu besagen ist die Einstellung des Aufnahmevertrages. Im Telegramm- und Telefonverehr müßte das Publikum Selbstschutz haben. Für die Sicherheit im Postverkehr müßte aber besser gesorgt werden. Die Post hat 60 Millionen Schilling für Beschädigungen wegen Diebstahl zu zahlen. Aufträge müssen für die Verbindung heraus. Der Beamtenkörper hat in Diensten neutral zu sein. Außerhalb des Dienstes haben aber die Beamten politische Meinungsfreiheit.

Abg. Jurek (U. Soc.): Die Postbeamten, die sich der neuen Zeit nicht fügen können, müssen entlassen werden. Personal- und Gehaltsreform müssen zu Ende durchgeführt werden.

Abg. Steinlof (Soz.): Auf der Hauptversammlung der Arbeitervereine ist die Arbeitslosigkeit der Arbeiter zu berücksichtigen. Die Hauptfrage aller Angehörigen ist die Personalreform. Die Vorgesetzten müssen die nachgeordneten Beamten nicht behandeln. Den in höhere Beamtenstellen vorwärtsstreben müßte man den Aufstieg erleichtern. Die weiblichen Beamten müssen volle Gleichberechtigung haben. Solche Beamten, die lediglich Bestätigung freiwillig ausüben, müssen eine Abfindung erhalten.

Das Mitbestimmungsrecht der Beamten muß gewahrt werden, soweit es irgend mit der Beamtenpflicht vereinbar ist.

Abg. Koch, Rindler (Sent.): Die Personalverhältnisse müssen gründlich revidiert werden. Eine gewisse Arbeitslosigkeit ist vorhanden. Mit dem Streikgeheimnis wurde gespielt. Viele Beamten sind der Meinung, daß ihnen mit dem Rechte der Verrechnung auch das Streikrecht zusteht. Über jedes Spiel mit dem Streik ist zu warnen. Den unteren und mittleren Beamten muß der volle Aufstieg erleichtert und die Personalreform beschleunigt werden.

Reichsminister Weiser: Dem Beamtenkörper ist mehrere Wochen Urlaub erteilt worden, damit er eine Zeitschrift zur Personalreform ausarbeiten kann. Der Katalog von Arten nach oben soll ermöglicht und erleichtert werden und Ausbildungsstufen eingerichtet werden. Der Verfassungskommission werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Besitz der gewöhnlichen Arbeitskraft sind. Die Verhältnisse müssen, soweit sie sich nicht zur Verbesserung in den nächsten zwei Jahren abgeändert werden. Mit den Leuten, die nicht mehr leben können, wird die Postverwaltung ihre Tätigkeit beenden können. Die Beamten, die nicht mehr leben können, werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Besitz der gewöhnlichen Arbeitskraft sind. Die Verhältnisse müssen, soweit sie sich nicht zur Verbesserung in den nächsten zwei Jahren abgeändert werden.

Abg. Weiser (D. Sp.): Die Personalreform rechnet bestimmt darauf, daß gründliche Reformen folgen. Die Beamtenverhältnisse müssen aufgestellt werden. Die Beamtenverhältnisse müssen aufgestellt werden. Die Beamtenverhältnisse müssen aufgestellt werden.

Abg. Dr. Mann (Deutsch): Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft muß trotz aller Schwierigkeiten Befriedigung geschaffen werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Posthaushalt wird angenommen.

Präsident Ebertsches ist mit, daß am 25. Oktober noch keine Pause eintreten kann. In dieser Woche soll das Reichswort des Innern und das Reichswort für Reichswort werden, in der nächsten das Reichswort und andre Platz. In der dritten Woche sollen in

Vor- und Nachfragen des Reichspräsidenten, die heute Mittag um die Uhr 10 Uhr 30 Minuten eröffnet werden. Es wird das Reichswort nach verabschiedet werden kann, begangen zu sein. Die Hauptfrage ist die Arbeitslosigkeit, die heute Mittag um die Uhr 10 Uhr 30 Minuten eröffnet werden. Es wird das Reichswort nach verabschiedet werden kann, begangen zu sein. Die Hauptfrage ist die Arbeitslosigkeit, die heute Mittag um die Uhr 10 Uhr 30 Minuten eröffnet werden.

In alle Arbeiterräte

In seiner Bekanntmachung vom 14. Oktober d. J. hat der Reichspräsident die Veröffentlichung der nachstehenden Bekanntmachung beschlossen:

Trotz der weitgehenden Meinungsbeschneidungen, die in der letzten Arbeiterräte über den Rätegeheimnis bestehen, ist der Rätegeheimnis, eine kraftvolle, organisierte Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung entstanden. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen.

Der Reichspräsident hat über die Verfassung der Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen.

Wenn der Reichspräsident in dieser Weise bei durch die Verfassung der Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen. Die Arbeiterräte, noch eine gewisse Einigung über ihre künftigen Aufgaben zu erzielen.

Streik gegen die Unabhängigen

SK. 15 000 Berliner städtische Hilfsarbeiter sind blühend in den Kampf getreten. Die Verteilung der Brotarten, der Kartoffelarten, der Kohlenarten, der Milch-, Fett- und Butterarten, der Fleischarten und der Bezugshöhe hat in 246 Dienststellen aufgehört, die Sparkassenstellen und die Bureaus für Krankenversicherung sind geschlossen, Bezugshöhe werden nicht mehr angestellt.

Die Hilfskräfte haben sich formal unzweifelhaft ins Unrecht gestellt. Am 30. April hatte der Schlichtungsausschuß zwischen dem Magistrat und den Hilfsarbeitern einen Schiedsspruch gefällt, der auch das Verhalten bei neuen Gehaltsforderungen regelte. Insbesondere war eine längere Stundengangsfrist vorgeschrieben, damit genügend Zeit zu Verhandlungen und Schlichtungsversuchen bliebe. Dieser Bestimmung haben sich die Hilfskräfte nicht gefügt, sondern haben ihre Forderungen ultimativ gestellt und sind in den Streik getreten, als diese nicht bewilligt wurden. Auf dem Standpunkt, daß man den Hilfskräften nicht geben könne, was sie forderten, haben sich alle Parteien der Stadtverwaltung gestellt; denn hätte man die Forderungen der Hilfsarbeiter in den städtischen Bureaus betrieblig, so hätte man die Steuern sofort ganz wesentlich erhöhen müssen. Auf der andern Seite hat die Gewerkschaft der Angestellten die Forderung der Hilfsarbeiter als voll berechtigt anerkannt. Da in Berlin die Unabhängigen das ausschlaggebende Wort in der Stadtverwaltung haben, handelte es sich um einen Streik gegen die Unabhängigen, Streiks dieser Art sind schon mehrfach vorgekommen, während die Unabhängigen in der Reichsregierung lagen.

Und in solchem Falle verlangt nun ganz das übliche Schema: brutale Kapitalisten, die den Arbeitern ihr voll gerechtfertigtes Verlangen nach einigen hübschen Julogen aus der Tasche zu ziehen, die Partei des Kapitals ergreifen, Streikverweigerungen und Rucklos. Mit das nicht doch nicht recht, wenn auf Seite der betriebligen Arbeitgeber die um Sturm und Rosenfeld die Hauptrolle spielen.

Wir können also den neuesten Berliner Streikfall ruhig erörtern, ohne die übliche unabhängige Demagogie befürchten zu müssen. Die Forderung der Hilfskräfte ist an sich berechtigt, wenn sie ein halbwegs ausreichendes Leben haben sollen. Das Unglück der Zeit ist nur, daß in Deutschland obwohl die Mittel fehlen, um der großen Masse des Volkes ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Und je

mehr gestreift wird, desto aussichtsloser wird das Streben danach. Nur ganz langsam und dem fortschreitenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und der Abmilderung der Kriegsschäden kann die Lebenshaltung verbessert werden. So berechtigt das Verlangen der Hilfskräfte ist, so verwerflich wäre es von der Stadtverwaltung, es auf Kosten der Steuerzahler ohne weiteres zu erfüllen. Es ist diesen vielfach noch weit idiosyncratischer als den Angehörigen.

Was hier von den Hilfsarbeitern der Stadt Berlin erfolgt ist, trifft genau so gut auf Metallarbeiter, Eisenbahner, Staatsarbeiter und Beamte aller Art zu. Auch derartige Forderungen müssen heute zur Geringsten werden, weil ihre Erfüllung unmöglich ist. Die Zurückweisung oder Entsehung Streiks, die das Wirtschaftsleben immer weiter ruinieren, und das Verhängnis nimmt seinen immer verhängnisvolleren Lauf.

Es gibt aus dieser Zwangslage nur einen gewollten Ausweg, die Einführung des Zwangsschiedsgerichts auf gewisse kurzfristige Fristen, während deren kein Streik des Wirtschaftslebens führen darf. Diese Zwangslage ist für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unerlässlich. Die alten Gewerkschaften mögen sich gegen diesen Gedanken sträuben, aber wer das Ganze unserer Lage überblickt, wird ihn unbedingt vertreten müssen.

Einst war die Revolution ein Kampf gegen fremde volkbedrückende Gewalt für die Demokratie, die Selbstbestimmung des Volkes. Heute ist der Gedanke der Revolution ein Kampf für eine fremde volkbedrückende Macht gegen die Demokratie gegen die Selbstbestimmung des Volkes. Einst waren Streiks Kämpfe gegen das Kapital für die Verbesserung der Arbeiterlage. Heute sind Streiks eine Beistellung der Arbeiterlage, gleichwohl, wie sie unendlich erden, und die beste Hilfe für das wirtschaftliche Verfall des Kapitals. Heute sind die Streiks ein Kampf gegen den Sozialismus, und gelegentlich, wie heute in Berlin, sogar besonders ein Kampf gegen die Unabhängigen. Deshalb schließt mit den Streiks auf ein Jahr, Fortführung zumindest der wichtigsten Betriebe des gemeintwils. Sicherstellung ihrer ungehinderten Fortsetzung durch technische Mittel oder irgendwelche andre Mittel, Kräfte, schiedsgericht zum Ausgleich zwischen dem, was wirtschaftliche Forderung und mögliche Leistung ist — und so auf glatter Bahn vorwärts zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, der allein das Volk vom Elend rettet.

Land und Stellung des Berliner Streiks

Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten.

Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten.

Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten. Die Berliner Arbeiter sind schon seit mehreren Wochen in den Streik getreten.

Vor neuen Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat gestern ein Schreiben des Reichsarbeitsministers erhalten, in dem die Annahme des Vermittlungsausschusses vom 8. d. M. nochmals nahegelegt wird.

Die Metallarbeiter und Meister haben für heute mittags 12 Uhr gestricheltes Ultimatum bis 3 Uhr verlängert. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, wurde in der gestrigen Sitzung der Rätekommission und der Gewerkschaftskommission der Streik der Meister und Metallisten für kommenden Sonntag beschlossen.

Metallarbeiterstreik in Suhl

In Suhl ist ebenfalls ein Metallarbeiterstreik ausgebrochen. Die Streikbedingungen sind bisher erfolglos geblieben. Die Streikbedingungen sind bisher erfolglos geblieben. Die Streikbedingungen sind bisher erfolglos geblieben.

Die Lage in Frankfurt a. M.

Die Stimmung unter den Frankfurter Eisenbahner ist nach wie vor erregt. Nach Beendigung der Demonstration am Montag haben die Arbeiter die Arbeit zwar wieder aufgenommen, doch findet heute nachmittags eine allgemeine Arbeiterversammlung statt.

Die Verhandlungen des Eisenbahnministers mit dem Eisenbahnpräsidenten von Frankfurt a. M. W. v. Sumpf kommen, wie wir von unterrichteter Seite hören, immer noch zu einem endgültigen Resultat führen, da die Forderung nach von einer Reihe wichtiger Faktoren abhängt.

Deutsches Reich

Vorschläge für die Gemeinden. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, einen Teil der vom Reich demagogischen Ausschüsse den Gemeinden daselbst zu überlassen.

Vollstrecktes Todesurteil. Aus München wird gemeldet: Das Todesurteil gegen den Weiskinderhammerleiter ist am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stadelheim durch Erhängen vollstreckt worden.

Das Verfahren gegen den Weiskinderhammerleiter ist am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stadelheim durch Erhängen vollstreckt worden. Das Verfahren gegen den Weiskinderhammerleiter ist am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Stadelheim durch Erhängen vollstreckt worden.

Endlich Frieden?

Der Vorwärts schreibt in seiner heutigen Morgennummer: Heute werden nach den Nachrichten aus Paris die endgültigen, französischen und italienischen Vollmachten des Friedensvertrages beim Generalsekretariat der Friedenskonferenz deponiert werden.

Da nach den Bestimmungen des Friedensvertrages dieser in Kraft tritt, sobald drei der vier Vollmachten in vollem Umfang vorliegen, ist der Friedensvertrag, vorausgesetzt natürlich die Richtigkeit der Pariser Verhandlungen, von heute an wirksam. Damit wird die Frage der Abstimmung in den verschiedenen deutschen Grenzgebieten ab, von diesem Tage an gilt die deutsche Regierung für den Frieden, innerhalb dessen die deutschen Behörden der ersten und zweiten Abstimmungszone ihre Geschäfte an die Abstimmungskommission übergeben müssen.

Wie uns in dieser Zeit von höchster Wichtigkeit, als mit ihm die Schranken fallen, die uns bisher noch den Verkehr mit der germanischen Welt beherrschten, haben wir freilich nicht außer Acht gelassen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages uns nicht gelassen, unser früheres Verhältnis zu den übrigen Völkern der Welt wieder herzustellen.

Mit dem Inkrafttreten des Friedens darf man wohl auch auf eine friedlichere Haltung der Entente gegenüber Deutschland rechnen. Es müßte nur eine Satire auf den Frieden wirken, wenn nach seinem Inkrafttreten die völlige Blockade der deutschen Wirtschaft und die Unterbindung selbst auch des Auswärtigen in Kraft bliebe.

Verfallens, 15. Oktober. Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Senke, der Handwerker Chauvins

Figaro und Petit Parisien besprechen die Rede des unabhängigen Sozialisten Senke, der im Reichstag erklärt habe, Deutschland habe jetzt eine Million Soldaten unter den Waffen, ohne indes die Antwort des Reichswehrministers Kossel anzufügen.

Ausland

Tschechische Ausfuhrlisten

München, 16. Oktober. Nach Mitteilung der Handelskammer in Prag ist beabsichtigt die Tschechoslowakei die Einfuhr von Textilien, d. h. von Waren solcher Waren, für die eine Ein- bzw. Ausfuhrbeschränkung in einzelnen Fällen nicht eingeholt zu werden braucht.

Frankreich

Der Papst und Frankreich

Rotterdam, 16. Oktober. Der Kardinal Vicar Komul als außerordentlicher Legat des Papstes nach Paris; er wird nur, um der Kommission der Vorklärung von Kommissaren, es handelt sich aber in der Tat um einen Besuch des Papstes, die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich wieder anzuknüpfen.

Amerika

Gegen die Washingtoner Konferenz

Berlin, 14. Oktober. Der Sonderbeauftragte vom Eise in Paris in Washington meldet, daß die amerikanischen Gewerkschaften gegen die Einberufung des internationalen Kongresses für Arbeiterrecht in Washington seien. Die Bewegung sei so stark, daß sie allein schon die Einberufung des Kongresses in Gefahr bringen könne.

Washington, 16. Oktober. Der amerikanische Arbeitsminister hat über die internationale Arbeiterversammlung in der nächsten Sitzung berichtet. Die amerikanische Arbeiterbewegung ist in der Lage, die Verhandlungen zu unterstützen und die Verhandlungen zu unterstützen.

Schwarz-Rot in Wien

Im Wiener Kreisarbeiterrat gelangte folgende Entschließung nach lebhafter Debatte zur Annahme: Der Kreisarbeiterrat erklärt, daß im gegebenen historischen Moment in Deutschland weder die Herrschaft der Arbeiterklasse allein noch die Herrschaft der Bourgeoisie allein möglich ist.

Der Kreisarbeiterrat erklärt, daß im gegebenen historischen Moment in Deutschland weder die Herrschaft der Arbeiterklasse allein noch die Herrschaft der Bourgeoisie allein möglich ist. Der Kreisarbeiterrat erklärt, daß im gegebenen historischen Moment in Deutschland weder die Herrschaft der Arbeiterklasse allein noch die Herrschaft der Bourgeoisie allein möglich ist.

Verhandlungstag der Metallarbeiter

Stuttgart, 14. Oktober.

Im weiteren Verlauf des zweiten Verhandlungstages beriet die Mandatparlamentarische Kommission über den Dresdner Stahlstreik. Dort wurde dem Zentralausschuss die Wahl von zehn Mandatparlamentarischen Mitgliedern und die höchsten Stimmen erhalten, wegen unzulässiger Beeinflussung für ungültig erklärt und die nächsten zehn Mandatparlamentarischen Mitglieder gewählt.

Verhandlungstag der Metallarbeiter

Stuttgart, 14. Oktober.

Im weiteren Verlauf des zweiten Verhandlungstages beriet die Mandatparlamentarische Kommission über den Dresdner Stahlstreik. Dort wurde dem Zentralausschuss die Wahl von zehn Mandatparlamentarischen Mitgliedern und die höchsten Stimmen erhalten, wegen unzulässiger Beeinflussung für ungültig erklärt und die nächsten zehn Mandatparlamentarischen Mitglieder gewählt.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Stuttgart, 15. Oktober. Bei Beginn des dritten Verhandlungstages ergriff als erster Redner Arbeitsminister Schilde das Wort. Er führt aus: Durch das am Arbeitsminister sehr viel in Bezug auf seine Stellung zu dem Schiedsgericht auszusprechen.

Sächsische Angelegenheiten

Die Beschaffungsbeihilfe im Finanzausschuß A

Der Finanzausschuß A der Volkshammer ist nach wiederholten Verhandlungen über die Regierungsvorlage auf Beschaffung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an Beamten und Lehrern...

Den Beamten mit Ausschuß der Gruppe 36 unter B der Besondere Ordnung und mit Ausschuß derjenigen Beamten unter C...

Um die Kirch- und Schulgemeinden in den Stand zu setzen, Beschaffungsbeihilfen nach den gleichen Grundsätzen den Geistlichen und Lehrern zu zahlen...

Den staatlichen Arbeitern und Lehrgangsgestellten im gleichmäßig einmaligen Beschaffungsbeihilfen in der gleichen Höhe nach Absatz a zu gewähren.

Die laufenden Kinderzulagen, die nach dem Gesamtministeriumsvertrag vom 25. März 1919 zu zahlen sind...

Die Sätze der laufenden Zulagen der Beschaffungsbeihilfen für Beamte, Geistliche und Lehrer im Ruhestande...

Weswegen liegen zwei Kinderheiratsanträge vor. Die nachstehenden Mitglieder des Ausschusses beantragen...

Der Finanzausschuß A empfiehlt außerdem noch der Volkshammer, die die Angelegenheit in ihrer heutigen Sitzung erledigen...

Die Reichsregierung hat, indem sie den Reichsbeamten und Reichsarbeitern einmalige Beschaffungsbeihilfen bewilligt...

Aus der Volkshammer

Der Volkshammer ist ein Gesandter über die Ergänzung des Wehrerwerbsteuergesetzes...

Der Volkshammer hat die Petitionen des Vereins der Gemeindevorstände der Amtshausmannschaft Zittau...

Die deutschnationale Volkshammerfraktion hat folgende Intervention eingereicht: Welche Schritte hat die Staatsregierung...

Raubüberfall auf einen Leipziger Spielklub

Infolge des kürzlich für Sachsen erlassenen Spielverbots und der Aufhebung eines Amal Spielklubs in Leipzig haben sich in einigen in der Nähe Leipzigs gelegenen preussischen Ortschaften Klubs aufgeloht...

Die Angelegenheit ist ein Gegenstand der Wehrerwerbsteuern. Die Abstellungsgesandten des früheren 12. A. A. in Dresden...

Seine Nachrichten aus dem Lande. Die Studierenden des Lehrkurses in Zittau...

Stadt-Chronik

Das ist der Geist...

Am der Straßenbahn war es. Frierend und gelangweilt harrten die Passagiere durch die Straßen.

Da ward plötzlich im Wagen eine harte Frauenstimme laut: 'Schlamm gemacht, daß sie betteln müssen, müde es doch dort wegzuehen, wo genug da ist.'

'Die Regierung mag nur den Schießern und Kriegsgewinnlern das erfindelnde Geld abnehmen.'

'Aha, die Regierung; das allgemeine Interesse wackelt. Eine großdeutsche Männerstimme ergänzte die Frauenrede.'

'Nein, glaube ich, die Frau auflären zu müssen. Ich sagte ihr, daß die Abgeordneten nur 30 M. für den Sitzungstag erhalten.'

'Alles, was für die Regierung spricht, ist verächtlich, ist lächerlich. Das war ihr Truismus.'

'Die bekannten Schlagworte radikaler und reaktionärer Dialektik füllten mich ein.'

'Herr, der Sattlergehilfe, hat sich eine Villa für 400 000 Mark eingerichtet, Hofste sogar eine für 22 Millionen.'

'Retürlich interessiert ich mich für die Methode für diese Bestrafungen. Siegesbetruht lochend klopfte die Frau auf ihre Tasche.'

'Über diese Frau — ich muß lachen — 'Reitungen und Währheit, das will kritisch betrachtet sein.'

'Nein, wurden meine Gegner noch mobil. Also Mehrheitslogik, also regierungsfreundlich, also vorkommend.'

'Ob die Freiheit über die Deutsche Zeitung ihre Tasche füllte, ich weiß es nicht.'

Der goldne Kneifer wippt auf der aristokratischen Nase nicht aufkommen konnten!

Romeo und Julia auf dem Dorfe

Erzählung von Gottfried Keller

'Und du mir auch,' sagte Brenden, 'und das noch viel mehr; denn du hast mich nie angesehen und wußtest nicht, wie ich gewordnen bin; ich aber habe dich gesehn aus der Ferne...'

und der arme Sali hielt in seinem Arm, was reiche Leute teuer bezahlt hätten, wenn sie es nur gemalt an ihren Händen hätten leben können. 'Dein Sprang ist aber empör und tief: 'Himmel, wie heiß ist es hier! Da sitzen wir wie die Karren...'

'Du armes Schäschen!', sagte Sali, 'ich glaube aber, du hast es hinter den Ohren, nicht? 'Das kommt ja nach und nach erlösen, wenn du mich recht lieb hast!'

Advertisement for 'SLUB' with logo and text 'Wir führen Wissen.'

Advertisement for 'DFG' (Deutsche Forschungsgemeinschaft) with logo and text 'gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft'.

eines alten Aeren, der sich fröhlich in seinen Pflanzeln blickt. Er nickt mit überlegener Gestalt...

Nein, mein Alter! Die Tomatenfrucht hat den Genuß der alten Zeit bedeutet, der noch nicht von uns gewunden ist...

Eine falsch verstandene Ministerrede

Wirtschaftsminister Schwarz hielt am 1. Oktober in der Reichshausung eine Rede...

Diese mir in den Mund gelegten Ausführungen habe ich nicht gemacht. Ich habe in meinem Bericht...

Die Kosten des Arbeiterrats Groh-Dresden

Der Bezirksausschuß der Amtschauptmannschaft Dresden-Reustadt beschloß am Mittwoch...

Ein großer Juwelenraub in Blasewitz

Die Raubspende eines Habeburgers

Mitte September berichteten wir über die Gaunerstreiche, die der Habeburger Jugend in Blasewitz verübte...

Der getriebene Kauer hat dabei als Kauer, mit Prädikanten besetzt, in Poren und das gefahrt...

Die politischen Ermordungen haben unsere Ergebnisse, daß dieser Kauer, der dreizehn Redner...

Vorsicht beim Holzkauf!

Ein Leser teilt uns seine Erfahrungen beim Einkauf von Brennholz mit, die anderen zur Warnung dienen...

In den Masken der Kriegsgelegenheit

Der Indemorenfabrikant Wirth hatte im April 1919 durch eine Annoncen-Exposition...

Die Revision des Anzeigengesetzes rüfte Verleumdung des Begriffs der Arbeitslosigkeit...

Das Stadtdirektorienkollegium beschäftigt sich in seiner heutigen Sitzung unter anderem mit verschiedenen Bestimmungen...

Die Vereinigung für Volkshilfe und Kunstpflege bringt am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr im Albert-Theater...

Arbeitsbeschaffung Die freie Arbeitsgemeinschaft für Arbeitsbeschaffung...

Concert für Kartoffelkinder. Der Zentralverband der Kartoffelkinder...

Für den Knudball. Für die kommende Woche werden wieder 7 Pfund Knudball verteilt...

Die öffentliche Bibliothek Dresden-Sachsen, Neustadt, Sonntag...

Vermeidung Radfahrer. Durch Gasüberfüllung verlor am Mittwochabend ein Radfahrer...

Aus dem Dresdner Partyleben

Seit dem 1. Morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Sächsischen Theater...

Dresdner Kalender. Theater am 17. Oktober. Opernhaus: Nida (7).

Kleiner Kalender. Theater am 17. Oktober. Opernhaus: Nida (7).

Kleine Mitteilungen. Neuerwerbungen der Dresdner Gemäldegalerie...

Gewerkschaftsbewegung

Beendigung des Dresdner Konditorstreiks. Der Streik im Konditorgewerbe...

Beendigung des Gärtnerstreiks. Der Streik in der Gärtnerei...

Der neue Tarifvertrag im Einzelhandel. Der neue Tarifvertrag...

Aus dem Bäckergerber in Sachsen

Der Bezirksverband des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren...

Eine ähnliche Eingabe richtete der Bezirksverband an die Kommunalverbände...

Zu der Eingabe an die oben genannten Ministerien werden diese noch erucht...

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Max Sachs, Dresden...

Tymians Thalia-Theater. Täglich: „Die Rixe der Pandora“...

